Bundesrat Drucksache 361/2/88

20.09.88

Antrag

des Freistaates Bayern

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen (Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988 - VerbrStÄndG 1988 -)

Punkt 2 der 592. Sitzung des Bundesrates am 23. September 1988

Der Bundesrat möge beschließen:

Zu Art. 1 Ziff. 2:

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung zu prüfen, ob die vorgesehene Erhöhung der Mineralölsteuer gem. Art. 1 Ziff. 2 ff des Gesetzentwurfs zusätzliche finanzielle Spielräume eröffnet, um den Plafonds nach § 10 Abs. 1 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes von derzeit jährlich 2,6 Mrd. DM bedarfsgerecht, zumindest aber auf 2,75 Mrd. DM zu erhöhen.

Begründung:

Durch die Plafondierung der GVFG-Mittel ab 1988 verringern sich die Finanzhilfen im Bereich des ÖPNV erheblich.

Ausgeliefert am 21. SEP. 1988

...

Alleinvertrieb Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946

Die finanziellen Einbußen durch die Plafondierung betragen im Jahr

1988 = 16,03 Mio. DM
1989 = 34,89 Mio. DM
1990 = 53,74 Mio. DM
1991 = 53,74 Mio. DM.

Daher ist es dringend erforderlich, den GVFG-Mittelplafonds zur Deckung des erheblichen Investitionsbedarfs zu erhöhen.

Eine zusätzlicher Ausbaubedarf besteht auch im kommunalen Straßenbau zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden.